

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	15
1.1. Historischer Überblick und Hinführung zum Thema	15
1.2. Untersuchungsgegenstand und Forschungsmethode	18
1.3. Vorgehensweise	24
1.4. Quellenlage	25
2. Die Gesetzgebungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen und der Einfluss der Opposition	27
2.1. Das Gesetzgebungsverfahren bei Zustimmungsgesetzen	28
2.1.1. <i>Die Bereiche der Zustimmungsgesetzgebung</i>	28
2.1.2. <i>Das Gesetzgebungsverfahren</i>	30
2.2. Der Bundesrat und die Entwicklung seiner parteipolitischen Mehrheiten seit 1949	33
2.2.1. <i>Der Bundesrat als das „föderative` Organ des Bundes“</i>	34
2.2.2. <i>Die parteipolitischen Mehrheiten im Bundesrat</i>	36
2.3. Der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag	40
2.4. Die Oppositionsstrategien der SPD	41
2.4.1. <i>Die Kategorien der Oppositionsstrategien</i>	42
2.4.2. <i>Die Oppositionsstrategien der SPD in den 1950er- und in den 1990er-Jahren</i>	43
2.5. Die Verhandlungen bei divergierenden Mehrheiten	44
2.6. Zusammenfassung	48
3. Blockade durch die Opposition: Die parteipolitische Nutzung des Bundesrates durch die SPD in den 1990er- Jahren als Vergleichszeitraum	51
3.1. Der Bundesrat und die Gesetzgebung in den 1990er-Jahren	51
3.2. Fallstudie: Die gescheiterten Steuerreformgesetze 1998/1999	53
3.2.1. <i>Die Vorschläge der Koalition und die Gespräche mit der SPD</i>	54
3.2.2. <i>Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung und die Stellungnahme des Bundesrates</i>	57
3.2.3. <i>Vom Konzept der SPD bis zur ersten Zustimmungs- versagung des Bundesrates</i>	60
3.2.4. <i>Das erste Vermittlungsverfahren</i>	64
3.2.5. <i>Das endgültige Scheitern der Steuerreform</i>	66
3.3. Zusammenfassung und Auswertung der Fallstudie	67

4. Ein Überblick über den Bundesrat und die Gesetzgebung in den 1950er-Jahren und die Auswahl der Fallstudien	69
4.1. Die politische Situation in den 1950er-Jahren	69
4.2. Der Bundesrat in der Gesetzgebung der 1950er-Jahre	71
4.3. Die Auswahl der Fallstudien	75
5. Fallstudie I: Das Lastenausgleichsgesetz von 1952	79
5.1. Einleitung: Das Flüchtlingsproblem und die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat	79
5.2. Die Diskussion über quotalen oder sozialen Lastenausgleich	80
5.3. Der Bundesrat und der erste Gesetzentwurf der Bundesregierung	81
5.4. Das Lastenausgleichsgesetz im Bundestag	86
5.5. Der Bundesrat und die Anrufung des Vermittlungsausschusses	88
5.6. Das Vermittlungsverfahren und die Gesetzverabschiedung	91
5.7. Zusammenfassung und Auswertung der Fallstudie	93
6. Fallstudie II: Das Wehrpflichtgesetz von 1956	95
6.1. Einleitung: Der Aufbau einer Armee und die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat	95
6.2. Der Regierungsentwurf und die Stellungnahme des Bundesrates	97
6.3. Das Wehrpflichtgesetz im Bundestag	99
6.4. Der Münchner Parteitag der SPD vom 10. bis 14. Juli 1956	101
6.5. Die Ablehnungsfront der SPD-geführten Landesregierungen im Bundesrat	102
6.6. Zusammenfassung und Auswertung der Fallstudie	106
7. Fallstudie III: Das Gleichberechtigungsgesetz von 1957	109
7.1. Einleitung: Familienpolitik und die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat	109
7.2. Vorgeschichte: Das Familienrechtsgesetz in Bundesrat und Bundestag	110
7.3. Nach der Wahl 1953: Der Entwurf eines Gleichberechtigungsgesetzes im Bundesrat	113
7.4. Das Gleichberechtigungsgesetz im Bundestag	115
7.5. Die Zustimmung des Bundesrates zum Gesetz	117
7.6. Zusammenfassung und Auswertung der Fallstudie	120

8. Fazit: Versuche einer parteipolitischen Nutzung des Bundesrates durch die Opposition in den 1950er-Jahren	123
8.1. Die Auswertung der Fallstudien aus den 1950er-Jahren	123
8.2. Ein Vergleich der 1950er-Jahre mit der Situation in den 1990er-Jahren	128
8.3. Abschließende Bemerkungen	130
Abkürzungsverzeichnis	133
Quellen- und Literaturverzeichnis	135
Anhang	149